

Bremische Bürgerschaft

Landtag

19. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1.

02.11.17

Verfahrenseinstellungen durch die Staatsanwaltschaft

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Strafverfahren sind durch die Bremer Staatsanwaltschaft im Zeitraum zwischen dem 1. Januar und dem 30. Oktober 2017 eingestellt worden, und wie hat sich die Zahl der Verfahrenseinstellungen in den Jahren 2013 bis 2016 entwickelt (bitte getrennt nach Jahren sowie den Geschäftsbereichen Bremen und Bremerhaven ausweisen)?

2. In wie vielen Fällen wurde das Strafverfahren in 2017 aus Opportunitätsgründen gemäß §§ 153 ff. Strafprozessordnung eingestellt (bitte die Zahlen differenzieren nach den Tatbeständen der §§ 153, 153a, 154, 254a Strafprozessordnung und „Sonstige“)?

3. In wie vielen Fällen legten Geschädigte einer Straftat 2017 Rechtsmittel gegen den Einstellungsbescheid (§ 171 Strafprozessordnung) ein, und in wie vielen Fällen machten die Geschädigten bei Einstellung aus Opportunität von der Möglichkeit einer formlosen Gegenvorstellung oder einer Dienstaufsichtsbeschwerde wegen fehlerhaftem Ermessen der Staatsanwaltschaft Gebrauch?

Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW

2.

02.11.17

Obdachlose im Land Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Obdachlose gibt es gegenwärtig im Land Bremen, wie hat sich deren Zahl seit dem Jahr seit 2012 entwickelt, und wie viele Obdachlose sind in den letzten zehn Jahren erfroren (bitte die Zahlen getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen)?
2. Wie viele Obdachlose aus Ost- und Südosteuropa gibt es derzeit im Land Bremen, wie hat sich deren Zahl 2012 entwickelt, und welche Maßnahmen bzw. Hilfen werden angeboten, um diese Menschen zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer zu bewegen (bitte Zahl dieser Obdachlosen nach Bremen und Bremerhaven nennen)?
3. Was tut der Senat, um Obdachlosen angesichts des herannahenden Winters vor Kälteschäden zu schützen, und wie viele sowohl stationäre als auch mobile Übernachtungsplätze stehen für diese Zielgruppe in den Wintermonaten zur Verfügung (bitte die Zahlen differenziert nach Bremen und Bremerhaven ausweisen)?

Piet Leidreiter, Jan Timke und Gruppe BIW

3.

02.11.17

Weiterbildung zum Erzieher – Fachkräftemangel durch Weiterbildung von Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger auch in privaten Einrichtungen mildern

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit werden im Land Bremen bereits bei öffentlichen Einrichtungen der Kindertagespflege angestellte Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger zu Erzieherinnen und Erziehern fortgebildet, und welche Kosten entstehen dabei für wen?
2. Inwieweit hat der Senat Kenntnis von Fällen, bei denen Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger von privaten Einrichtungen der Kindertagespflege (etwa getragen von Elternvereinen) auf Grund der hohen Kosten zu KiTa Bremen gewechselt sind, die dann die Weiterbildungskosten übernommen haben?
3. Sieht der Senat die Möglichkeit, auch die privaten Einrichtungen der Kindertagespflege, die auf Erzieherinnen und Erzieher angewiesen sind, bei den Fortbildungskosten der Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger zu unterstützen?

Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

4.

02.11.17

Wann wird die Lehrverpflichtungsverordnung an die modernen Lehrformen angepasst?

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit wird nach Ansicht des Senats die Lehrverpflichtungs- und Lehrnachweisverordnung (LVNV) den Lehranforderungen an Professorinnen und Professoren sowie Dozentinnen und Dozenten der aktuellen Entwicklung neuer Lehrmethoden an den Hochschulen im Land Bremen noch gerecht?
2. Wie werden derzeit neue Lehrformen, wie beispielsweise digitale Lehrformate, über die LVNV abgebildet und welche Probleme entstehen dabei?
3. Inwieweit arbeitet der Senat an einer Novellierung der LVNV, um zukünftig auch die gerechte Abbildung neuer Lehrformate abbilden zu können?

Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

5.

02.11.17

Arbeitsplatzsicherheit nach der Exzellenzförderung

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Stellen werden aktuell über die Mittel aus der Exzellenzinitiative an der Universität finanziert (bitte aufschlüsseln nach Exzellenzcluster, Graduiertenschule und Zukunftskonzept und in ‚Köpfen‘ angeben)?
2. Wie viele Stellen, die aktuell über die Exzellenzförderung ‚Graduiertenschule‘ und ‚Zukunftskonzept‘ finanziert werden, sollen nach Auslaufen der Anschlussfinanzierung verstetigt werden?
3. Inwiefern ist bei diesen Stellen eine Gender-Relevanz gegeben?

Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

6.

02.11.17

Übergangswohnheime im Bremer Westen für studentisches Wohnen umnutzen?

Wir fragen den Senat:

1. Prüft die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz gemeinsam mit dem Studentenwerk derzeit im Rahmen des Platzabbaus die Übernahme von bisherigen Übergangswohnheimen im Bremer Westen als Studierendenwohnheime?
2. Wenn nein, warum kommen entsprechende Standorte nicht infrage?
3. Wie beurteilen das Studentenwerk und die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz grundsätzlich studentisches Wohnen in den Stadtteilen Gröpelingen, Walle und Findorff?

Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

7.

02.11.17

Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften an Schulen in sozialen Brennpunkten in Bremen und Bremerhaven

Wir fragen den Senat:

1. Auf welchem Stand befinden sich die Planungen des Senats, die Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften an Grund- und Oberschulen in sozialen Brennpunkten in Form von zwei Lehrerwochenstunden pro Lehrkraft zu reduzieren?
2. Welches konkrete Antragsverfahren haben die Schulen zu durchlaufen, um dies umsetzen zu können?
3. Ab wann wird diese Regelung gelten, und nach welchen Kriterien wird die Auswahl der Schulen erfolgen?

Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

8.

06.11.17

Anwendung des Baugebots nach § 176 Baugesetzbuch

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Bescheide, die ein Baugebot nach § 176 Baugesetzbuch aussprechen, wurden im Land Bremen seit dem Jahr 2011 ausgestellt?
2. Hält der Senat es für erforderlich und sinnvoll, dieses Instrument stärker anzuwenden?

Jürgen Pohlmann, Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

9.

07.11.17

Was kostet Bremen der Streit mit der DFL?

Wir fragen den Senat:

Welche Kosten sind dem Innensenator bisher in dem Rechtsstreit mit der DFL entstanden durch eigene Rechtsanwaltskosten, Gerichtskosten, Anwaltskosten der gegnerischen Partei bei negativem Ausgang des Verfahrens etc.?

Wie viel Personal im Haus des Senators für Inneres ist für diesen Rechtsstreit und dem damit zusammenhängenden Sachverhalt gebunden?

Wie bewertet der Senat das Kosten-Nutzen-Verhältnis in diesem Zusammenhang, und inwiefern schadet das Verfahren der Reputation von Bremen und dem Weser Stadion als Standort für zukünftige Fußballspiele?

Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

10.

07.11.17

Unbearbeitete Aktenberge bei der Polizei Bremen

Wir fragen den Senat:

Wie viele unbearbeitete Akten gibt es gegenwärtig bei der Polizei Bremen, und um welche Straftaten handelt es sich dabei?

Aus welchem Zeitraum stammen die angezeigten Straftaten, und inwieweit erhalten die Anzeigenden Hinweise über den Verfahrensstand?

Wie ist die Verfahrensweise mit diesen Akten bei der Polizei und Staatsanwaltschaft, und wann werden die Akten voraussichtlich bearbeitet werden können?

Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

11.

07.11.17

Regeln für die Einstellung von Landesbeamten

Ich frage den Senat:

1. Welche Möglichkeiten hat der Senat und welche gebraucht er, um die Sicherstellung eines ungeteilten Loyalitätsverhältnisses von Landesbeamten allgemein zu gewährleisten?
2. Gibt es ein besonderes Augenmerk im Hinblick auf deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund, und wenn ja, hält der Senat dies für gerechtfertigt?
3. Gibt es im Lande Bremen Anzeichen dafür, dass insbesondere Mitglieder von Großfamilien, die der Clankriminalität zuzurechnen sind, verstärkt in den Staatsdienst streben, und wenn ja, werden hierin Gefahren gesehen und welche sind dies?

Alexander Tassis (AfD)

12.

07.11.17

Neue synthetische Drogen in Bremen

Ich frage den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, dass (wohl über die Westgrenzen Deutschlands) neue synthetische Drogen mit bisher nie gekanntem Suchtpotenzial und zu Billigpreisen auch nach Bremen gelangen?
2. Wie schätzt der Senat die Gefahren für die Bremer und Bremerhavener Bevölkerung ein?
3. Ist es richtig, dass der Bremer Hauptbahnhof ein Umschlagplatz dieser neuen Drogen ist, und ist die Stellung Bremens und Bremerhavens insgesamt als Umschlagplatz im Ländervergleich Deutschlands und im europäischen Vergleich bereits zu bewerten?

Alexander Tassis (AfD)

13.

07.11.17

Umsetzung von Bundesrecht bezüglich des Aufenthaltsgesetzes

Ich frage den Senat:

1. Wie bewertet der Bremer Senat die im geltenden Koalitionsvertrag des Senates von Berlin festgeschriebene andauernde Weigerung für diese Landesregierung, Bundesrecht (Abschiebeordnung) nach § 58a Aufenthaltsgesetz durchzusetzen, und wie genau verhält sich der Bremer Senat zu dieser Frage?

2. Gibt es im Lande Bremen Dienstanweisungen oder irgendwelche anderen Handlungsanleitungen offizieller oder inoffizieller Art, die das politische Handeln des Senats aktuell tatsächlich bestimmen oder bei eventuell künftigen Änderungen von Bundesrecht perspektivisch dazu einstimmen, Bundesrecht, das im Zuge der Flüchtlingskrise Anwendung findet, nicht zu beachten?

Alexander Tassis (AfD)

14.

08.11.17

Digital Hub Initiative des Bundes

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat Ansätze, die Zusammenarbeit von Unternehmen, Gründern und Wissenschaftseinrichtungen auf engem Raum durch sogenannte Digital Hubs zu fördern, an denen neue Ideen und digitale Innovationen entstehen?

Aus welchem Grund ist Bremen nicht Teil der Digital Hub Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie?

Wie ist in diesem Zusammenhang die Aussage von Bürgermeister Dr. Carsten Sieling (SPD) auf der Konferenz Digitale Zukunft@bremen am 1. November 2017 zu verstehen, der zu diesem Thema bemerkte: „Mal gewinnt man, mal verliert man“?

Jörg Kastendiek, Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

15.

08.11.17

Lehramtsstudierende aus Bremerhaven

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Lehramtsstudierende sind derzeit insgesamt an der Universität Bremen immatrikuliert, und wie viele davon haben ihren Wohnsitz in Bremerhaven?
2. Wie bewertet der Senat diese Zahlen, und was unternimmt er, um Schülerinnen und Schüler in Bremerhaven zu motivieren, ein Lehramtsstudium an der Universität Bremen aufzunehmen und für eine spätere Tätigkeit im Schulbetrieb zu erhalten?
3. Welche rechtlichen oder anderen Möglichkeiten sieht der Senat, den Anteil von Schülerinnen und Schülern aus Bremerhaven, die ein Lehramtsstudium an der Universität Bremen beginnen, zu erhöhen?

Sülmez Dogan, Dr. Henrike Müller, Dr. Matthias Güldner, Björn Fecker,
Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

16.

09.11.17

Umgang mit wohnungslosen Wiederholungstätern

Wir fragen den Senat:

1. Welche Konzepte verfolgt der Senat in Bezug auf die besonderen Herausforderungen im Umgang mit wohnungslosen Menschen, die der wiederholten Begehung von Straftaten verdächtig sind?
2. Inwieweit sind die kriminalpräventiven Angebote, insbesondere zur Vermeidung von Beschaffungskriminalität, ausreichend?
3. Inwieweit scheidet die ordnungsgemäße Durchführung von Strafverfahren an Schwierigkeiten bei der Zustellung von Vorladungen?

Sülmez Dogan, Björn Fecker, Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

17.

09.11.17

Unschuldig in Haft – sind die Haftentschädigungen und Rehabilitationsmaßnahmen noch zeitgemäß?

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Personen waren im Land Bremen jährlich seit 2002 im Bereich Strafhaft und Untersuchungshaft unschuldig inhaftiert?
2. Hält der Senat eine Haftentschädigung von derzeit pauschal 25 € pro Tag weiterhin für angemessen oder wird er sich für eine Erhöhung (beispielsweise auf 100 €) einsetzen?
3. Inwieweit hält es der Senat für notwendig, unschuldig Inhaftierte bei der Reintegration in die Gesellschaft, z. B. durch Wohnung- oder Job-/Arbeitssuche, staatlicherseits aktiv zu unterstützen und wie positioniert sich der Senat hierzu auf Bundesebene, z. B. in Ministerkonferenzen oder in Beratungen des Bundesrates?

Peter Zenner, Dr. Magnus Buhler, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

18.

23.11.17

Öffentlichkeitsfahndungen der Polizei – zweiter Versuch!

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Öffentlichkeitsfahndungen gemäß § 131b Absatz 1 der Strafprozessordnung wurden im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2015 und dem 31. Oktober 2017 im Land Bremen angeordnet, und wie vielen Fällen erfolgte die Anordnung wegen Gefahr im Verzug durch die Staatsanwaltschaft und ihre Ermittlungspersonen nach § 131c Absatz 1 Satz 1, 2. Halbsatz Strafprozessordnung (bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen)?
2. Wie lange hat es im unter Frage 1 genannten Zeitraum durchschnittlich gedauert, bis die Gerichte über die von den Staatsanwaltschaften gestellten Anträge auf Anordnung einer Öffentlichkeitsfahndung entschieden hatten, und wie lange war die maximale Wartezeit?
3. Welche Maßnahmen, insbesondere organisatorischer Art, hat der Senat ergriffen, um die Anordnung von Öffentlichkeitsfahndungen durch die Gerichte im Land Bremen zu beschleunigen?

Jan Timke und Gruppe BIW

19.

28.11.17

Gibt es in Bremen Anzeigen wegen Verletzung der Unterhaltspflicht?

Wir fragen den Senat:

Wie viele Verfahren nach § 170 Strafgesetzbuch (Verletzung der Unterhaltspflicht) gab es in den letzten fünf Jahren im Land Bremen, und welchen Verfahrensausgang nahmen die Strafverfahren jeweils (bitte getrennt nach Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung und Freispruch beantworten)?

Ist dem Senat bekannt, ob der Tatbestand des § 170 Strafgesetzbuch in anderen Bundesländern und Kommunen durch die zuständigen Behörden zur Anzeige gebracht wird?

Wer war in der Regel Anzeigenerstatter bei den Strafverfahren in Bremen (Tatopfer, Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, etc.)?

Sandra Ahrens, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

20.

29.11.17

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Telefonkosten in der Justizvollzugsanstalt

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 8. November 2017 zu Telefonkosten in einer Justizvollzugsanstalt?

2. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die Maßgaben des Beschlusses rasch umzusetzen?

3. Welche Auswirkungen hat der Beschluss auf die bestehenden vertraglichen Beziehungen der Justizvollzugsanstalt mit Telekommunikationsdienstleistern?

Sülmez Dogan, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Neue Ausbildungsverträge 2017 im Land Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele neue Ausbildungsverhältnisse zum 30. September 2017 sind in den Bereichen betriebliche bzw. außerbetriebliche duale Ausbildungsverhältnisse im Land Bremen zu verzeichnen?
2. Wie viele neue Ausbildungsverhältnisse zum 30. September 2017 sind bei der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven und bei der Handwerkskammer Bremen jeweils für das Land Bremen verzeichnet?
3. Wie viele neue schulische Ausbildungsverhältnisse sind zum 30. September 2017 für das Land Bremen zu vermelden?

Miriam Strunge, Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE